

Stand: 25.06.2026 07:56:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1102

"Windenergie in Bayern voranbringen - Konflikte mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) ausräumen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1102 vom 25.03.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 26.03.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2151 des UV vom 22.05.2014
4. Beschluss des Plenums 17/2262 vom 04.06.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Windenergie in Bayern voranbringen – Konflikte mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) ausräumen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die ministerielle Anweisung aus dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz vom 26. Februar 2014 bezüglich Genehmigungen von Windenergieanlagen in der Nähe von Einrichtungen der Deutschen Flugsicherung an die Genehmigungsbehörden unverzüglich zurückzunehmen.

Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, Verhandlungen mit dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) aufzunehmen, mit dem Ziel, die oftmals pauschale Blockadehaltung der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) bei der Genehmigung von Windenergieanlagen aufzuheben. Handlungsleitend hierfür sollen aktuelle Gutachten über Abstände zwischen Windenergieanlagen und Einrichten der Flugsicherung etwa aus dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holsteins sein. Insbesondere sollen die bestehenden Pläne zur Flugsicherheit, die zum Teil überholte Vorschriften enthalten, überarbeitet werden.

Begründung:

Bei der Genehmigung von Windkraftanlagen ist die zuständige Behörde verpflichtet, die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) am Genehmigungsverfahren zu beteiligen. Diese stellt sich oftmals äußerst knapp und nicht immer nachvollziehbar gegen den Bau von Windrädern. Nach geltendem Recht steht es der Genehmigungsbehörde jedoch frei, sich über eine solche negative Stellungnahme hinweg zu setzen. Dies hat zuletzt das VG Oldenburg mit seinem Beschluss vom 5. Februar 2014 (5 B 6430/13) bestätigt. Zugleich stärken mehrere wissenschaftliche Gutachten den Eindruck, dass die von der DFS pauschal geforderten Abstände nicht sachgerecht gewählt sind. Trotzdem hat das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz mit Schreiben vom 26. Februar 2014 an die Genehmigungsbehörden zu verstehen gegeben, dass aus Sicht des Ministeriums kein Raum für eine eigene Entscheidung der Genehmigungsbehörden sei. Diese ministerielle Anweisung entbehrt u.E. jeder Rechtfertigung, sowohl aus fachlicher als auch verfahrensrechtlicher Sicht.

Anstatt den pauschalen Argumenten der DFS blind Folge zu leisten, soll sich die Staatsregierung beim zuständigen Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung für eine Neubewertung der Thematik einsetzen und so dafür sorgen, dass die Möglichkeiten des Baus von Windenergieanlagen in der Nähe von Einrichtungen der Flugsicherung künftig nach objektiven Kriterien bewertet werden.

halten ist, dass im Zuge der Lehrerausbildung Referendare eine Klassenleitung übernehmen sollen.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Damit kein Missverständnis entsteht, sage ich: Die Planstellen werden regional gleichmäßig auf die Regierungsbezirke verteilt. Wir können die Planstellen nicht ungleichmäßig verteilen. Das geschieht aufgrund der Schülerzahlen. Die Planstellen werden also regional verteilt, und die Planstelle selber wird in Bezug auf die Bewerber nach dem Leistungsprinzip verteilt.

Genauso ist das übrigens auch bei den Verträgen. Die besseren Verträge, das sind also unbefristete Verträge, werden auch zuerst nach Leistung vergeben, das heißt: erst die Planstellen, dann die unbefristeten und am Ende die befristeten Verträge. Ich sage das, damit es keine Missverständnisse gibt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Also eine regionale Verteilung!)

- In Bezug auf die Planstellen!

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

- Die Planstellen werden entsprechend den Schülerzahlen regional verteilt.

(Unruhe)

Die Planstellen sind da. Sie werden entsprechend den Schülerzahlen verteilt. Wir können nicht eine Region gegenüber den anderen Regionen bevorzugen. Die Planstellen pro Region werden nach dem Leistungsprinzip an die Bewerberinnen und Bewerber vergeben. So ist das System. Deswegen können wir nicht in eine Region in Bezug auf die Schülerzahl unverhältnismäßig viele Planstellen geben, sondern dafür gibt es eine gleichmäßige Verteilung entsprechend den Schülerzahlen.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Damit ist die Zwischenbemerkung beantwortet.

(Anhaltende Unruhe)

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Meine Damen und Herren, die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nach der Geschäftsordnung ist unserer Abstimmung die Entscheidung des die Eingaben behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für

Bildung und Kultus hat beschlossen, die Eingaben gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahmen der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Den Petentinnen und Petenten sind die Stellungnahmen der Staatsregierung sowie ein Protokollauszug zu übersenden.

Die Fraktionen FREIE WÄHLER und GRÜNE haben beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchzuführen.

Wer dem Votum des Ausschusses für Bildung und Kultus gemäß § 80 Nummer 4 zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen. Für Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden. Stimmenthaltungen sind mit der weißen Stimmkarte anzuzeigen. Die Urnen befinden sich dort, wo sie sonst auch immer sind. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

- Gut, danke schön, drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.53 bis 20.56 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales zu ermitteln.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen - Förderung der Erwerbstätigkeit von Menschen mit Behinderung", Drucksache 17/1097, bekannt: Mit Ja haben 49 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt, es gab 13 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Die übrigen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1098, 17/1100 bis 17/1103 sowie 17/1114 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement zur Chefsache machen - Amt einer bzw. eines



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/1102

Windenergie in Bayern voranbringen - Konflikte mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) ausräumen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Christian Magerl**
Mitberichterstatter: **Dr. Otto Hünnerkopf**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 11. Sitzung am 10. April 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: 9 Ablehnung, 1 Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 13. Sitzung am 22. Mai 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/1102, 17/2151

Windenergie in Bayern voranbringen – Konflikte mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) ausräumen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Benno Zierer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windenergie in Bayern voranbringen - Konflikte mit der Deutschen
Flugsicherung (DFS) ausräumen (Drs. 17/1102)**

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat sich Herr Kollege Stümpfig zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt sind wir zum zweiten Mal beim Thema Windkraft. Natürlich könnte man zynisch sagen: Was bleibt denn von der Windkraft noch übrig, wenn wir die 10-H-Regelung realisieren? Gibt es da überhaupt noch etwas zu genehmigen? – Da wir der festen Überzeugung sind, dass wir die 10-H-Regelung kippen werden, hat auch die Problematik Funkfeuer der Deutschen Flugsicherung, um die es jetzt geht, weiterhin Geltung.

Ich möchte unseren Antrag vorstellen: Bei der Genehmigung von Windkraftanlagen wird die Deutsche Flugsicherung regelmäßig um Stellungnahmen gebeten. Diese Stellungnahmen sind aber meist pauschal verfasst und besagen, dass die Errichtung von Windkraftanlagen in einem Umkreis von 15 Kilometern um Funkfeuer nicht möglich ist. Die Genehmigungsbehörden bzw. die Projektierer können ein Gegengutachten vorlegen. Sehr oft wird dem Gegengutachten gefolgt. Es zeigt sich – das hat erst jetzt wieder ein umfassendes Gutachten des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums ergeben –, dass die Kriterien der Deutschen Flugsicherung veraltet und übertrieben sind. Abstände von 3 Kilometern sind in der Regel ausreichend. 15 Kilometer sind weitaus zu viel. Dies hat jetzt auch CSU-Verkehrsminister Dobrindt noch einmal klar gestellt: Wenn sich das wirklich so ergeben sollte, wäre das eine neue Grundlage, und man müsste das neu überprüfen.

Das Gutachten von Flight Calibration Services war sehr umreichend. Sie haben Hub-schrauberflüge und Tiefflüge durchgeführt. Es hat sich gezeigt, dass nur im Nahbereich von Funkfeuern Beeinträchtigungen durch Windkraftanlagen gegeben sind. Das VG Oldenburg hat zusätzlich entschieden, dass sich eine Genehmigungsbehörde durchaus über die Stellungnahme der Deutschen Flugsicherung hinwegsetzen kann.

Was macht unsere Bayerische Staatsregierung? – Sie weist zunächst einmal pauschal alle bayerischen Kreisverwaltungsbehörden darauf hin, dass sie nicht ein zweites Mal nachdenken, sondern die Ablehnung pauschal weitergeben sollen. Dies zeigt wieder einmal deutlich, dass man in Bayern Windkraft mit allen Möglichkeiten verhindern will.

Wir sagen deswegen: Das Schreiben des Umweltministeriums muss zurückgezogen werden. Wir brauchen eine ordentlich arbeitende Deutsche Flugsicherung, die sich mit den Genehmigungsanträgen gewissenhaft auseinandersetzt und individuell prüft, ob solche Anlagen möglich sind oder nicht, statt einfach einen Dreizeiler zu schreiben, worauf dann gesagt wird: Jawohl; die Deutsche Flugsicherung hat die Windkraftanlage hier abgelehnt, und dann ist es nicht machbar.

Ich möchte an dieser Stelle klarstellen: Wir wollen den Umweltingenieuren – Sie wissen, dass ich bei einer bayerischen Behörde Umweltingenieur war – nicht sagen, dass sie das abschließend beurteilen sollen. Die Umweltingenieure vor Ort können das nicht. Dazu braucht man die fachliche Aussage der Deutschen Flugsicherung. Es muss aber ein Gutachten sein, das Hand und Fuß hat; es kann nicht sein, dass nur gesagt wird: Wir lehnen das grundsätzlich ab.

Ein gutes Beispiel gibt es in meinem Landkreis. Die Deutsche Flugsicherung hat vergessen, eine Stellungnahme zu einem Windrad abzugeben, das nicht weit von einem Funkfeuer entfernt steht. Das Windrad wurde errichtet und hat anscheinend keinerlei Auswirkungen. Ein zweites Windrad, das jetzt in 13 Kilometer Abstand gebaut werden soll, soll nun nicht mehr möglich sein. Ein Windrad wurde in eineinhalb oder zwei Kilometern Abstand gebaut, das Windrad mit 13 Kilometer Abstand soll aber nicht möglich

sein. Dies zeigt ganz deutlich die Defizite im Genehmigungsverfahren. Diese müssen behoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern deswegen die Staatsregierung auf, Verhandlungen mit dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung, dem BAF, aufzunehmen mit dem Ziel, die pauschalen Ablehnungen abzuschaffen und individuelle Gutachten zu ermöglichen.

Lassen Sie mich abschließend noch sagen: Für uns ist die Sicherheit im Flugverkehr erste Priorität. Das ist ganz klar. Die Sicherheit muss erste Priorität bleiben. Es geht aber darum, dass individuell geprüft wird. Wir sprechen über Abweichungen von den Funkfeuersignalen von 0,01 %. Es handelt sich also um einen ganz kleinen Bereich. Die Deutsche Flugsicherung kann, wenn sie denn möchte, durchaus besser prüfen und ihren Job besser erledigen. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, dass sie tätig wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor ich in der Rednerliste weiterfahre, darf ich die Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses daran erinnern, dass wir vereinbart haben, im Plenarsaal nicht zu telefonieren. Ich habe auch nicht vor, diese Vereinbarung zu lockern und zu erlauben, dass immer irgendwo irgendjemand telefoniert. Ich erinnere daran, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern in den Schulen gesagt haben, dass sie in der Schule die Handys nicht gebrauchen sollen. Ich bitte also, das Telefonieren abzustellen – wir haben alle technischen Möglichkeiten –; denn ansonsten wird der Geräuschpegel immer größer werden. Ich sage das heute noch einmal allgemein, in Zukunft aber nur noch persönlich. Vielen Dank. - Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Hünnerkopf.

(Unruhe)

- Entschuldigung! Vor drei, vier Minuten haben mehrere telefoniert, nicht nur einer. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wieder geht es um einen Antrag, der aus dem Umweltausschuss – unnötigerweise, wie wir meinen – hochgezogen worden ist. Es ist nun einmal üblich, dass wir Institutionen, die Fachkompetenz haben, in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Im Luftverkehrsgesetz ist geregelt, dass auch die Deutsche Flugsicherung um Stellungnahme gebeten wird, genauso wie sich das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung dieser bedient. Es geht und muss immer um die Sicherheit im Luftverkehr gehen. Jede Gefährdung muss ausgeschlossen werden.

Jetzt hat wohl auch die Verkehrsministerkonferenz erkannt, dass man sicher eine Spur detaillierter und pointierter Stellung nehmen kann. Von der Verkehrsministerkonferenz vom 15. November ist die Deutsche Flugsicherung wohl angewiesen worden, dass die Gutachten etwas präziser sein sollen. Das ändert aber nichts daran, dass wir diese Institution brauchen, dass wir nicht auf ihre Kompetenz verzichten können. Insofern können wir dem Antrag der GRÜNEN nicht folgen und lehnen ihn wie auch schon im Umweltausschuss ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Kollege Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben alle ein gemeinsames Ziel. Wir wollen bis zum Jahr 2021 auf die Atomkraftwerke verzichten. Somit sind wir in der Pflicht, 40 % des Strombedarfs, der jetzt noch durch die Atomkraftwerke erzeugt wird, zu ersetzen. Leider sehe ich bei der CSU bisher kein Konzept, diesen Ausfall zu ersetzen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir sind der Meinung, dass die Windkraft einen sehr großen und vor allen Dingen wirtschaftlichen Beitrag für die bayerische Stromversorgung in der Zukunft leisten kann. Dieser Meinung war auch die Bayerische Staatsregierung. Leider ist im Augenblick niemand da.

(Zurufe von der CSU: Doch!)

- Entschuldigung, der Herr Ministerpräsident. Er sitzt aber im Augenblick zu weit weg. Ich habe schon gedacht, niemand von der Staatsregierung hört mir zu.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der zuständige Minister ist allerdings nicht da!)

Nun gut, mir reicht es, wenn der Ministerpräsident zuhört. - Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt mich jetzt beinahe aus dem Konzept gebracht. Ich wiederhole mich: Dieser Meinung war die Bayerische Staatsregierung im Jahre 2011 auch. Da ging es um die Veröffentlichung des Windkraftbeschleunigungserlasses. Dazu folgendes Zitat:

Mit den heute von der Staatsregierung beschlossenen Hinweisen zur Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen geben wir den Kommunen klare Hilfestellungen für weitere Schritte beim Ausbau der Windenergie an die Hand. Unser Ziel ist es, den Anteil der Windenergie bis 2021 auf bis zu 10 % zu steigern. Der heute beschlossene Windkrafteerlass ist ein Meilenstein beim Umstieg Bayerns auf erneuerbare Energien und damit Teil der Zukunftsstrategie der Staatsregierung "Aufbruch Bayern". Bayern ist aktiv unterwegs in ein neues Energiezeitalter. Dabei wollen wir den Freistaat zum Vorzeigeland für sichere, saubere und bezahlbare Energie machen.

Dem kann man sich nur anschließen. Bis zum Jahre 2021 sollen nach dem Beschleunigungserlass rund 1.500 neue Windräder entstehen. Die Gemeinden und Städte wurden nun unter Druck gesetzt, dieses Ziel zu erreichen. Ich frage mich aufgrund der heutigen Diskussion allerdings, was von diesen gesteckten Zielen noch übrig ist. Ich darf kurz anfügen, dass der Anteil der Windenergie in Bayern im Jahre 2009 bei 0,6 %

lag und im Jahre 2012 bei 1,1 %. Ich frage mich, wie Sie mit dieser Blockadehaltung die versprochenen 10 % erreichen wollen. Ich habe manchmal den Eindruck, man versucht mit aller Macht, Windkraftanlagen zu verhindern. Ich will das an einem Beispiel erläutern. In meinem Landkreis hat man zwei Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 190 Metern beantragt; der Abstand sollte 13,5 km zum Flughafen Nürnberg betragen. Diese Bürgerwindanlage hat das zuständige Landratsamt genehmigt. Infolge des technischen Fortschritts sollte die Anlage dann um 8,5 Meter höher ausfallen. Damit hätten sie 20 % mehr Strom bei vertretbaren Kosten erzeugt. Dafür gab es von der Flugsicherung aber keine Genehmigung mehr. Ich zitiere an dieser Stelle Kollegen Hünnerkopf, der gesagt hat, dass dort Fachleute sitzen. Wenn wir die Fachkompetenz der Flugsicherung nützen wollen, sollten diese Fachleute eigentlich festlegen, bei welchem Abstand nach Einzelprüfung die Zustimmung erteilt werden kann.

Wir wollen die Sicherheit nicht gefährden. Darin sind sich, glaube ich, alle hier im Hohen Hause einig. Aber wenn, wie im besagten Beispiel, ein Nachweis für die Unbedenklichkeit vorgelegt wird und die Flugsicherung dies einfach ignoriert, dann kann ich nur sagen: So geht es nicht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die Fachleute bei der Flugsicherung müssen in der Lage sein, den Einzelfall zu prüfen. Das ist nicht allein meine Meinung. Wir haben das im Ausschuss bereits erörtert, denn auch das Umweltministerium schreibt mit Datum vom 13. Februar 2014, dass ein grundsätzlicher Reformbedarf besteht. Ich verstehe also nicht, wenn das Umweltministerium nun sagt, es müsse etwas passieren – ich interpretiere das Schreiben so –, und meint, so geht es nicht weiter, dass dann die Sache abgelehnt wird. Was soll das? Weiß die linke Hand nicht mehr, was die rechte tut? Da müsste es doch zu einer Zustimmung kommen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich gibt es einen gewissen Zielkonflikt. Uns kann es immer nicht schnell genug gehen, die CSU hat dagegen etwas mehr Zeit. Wir haben allerdings die zwei Anlagen, die da gebaut werden sollen. Deshalb bitte ich, diesen Konflikt mit der Deutschen Flugsicherung – so besagt es die Überschrift – umgehend zu beseitigen. Ich bitte also um Zustimmung zum Antrag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Was die Staatsregierung alles macht, um die Energiewende in Bayern und vor allen Dingen die Energiewende bei der Windenergie zu bremsen, ist heute bereits ausführlich diskutiert worden. Wenn die CSU die Energiewende ehrlich weiter verfolgen würde, wären wir heute auf dem Stand, wie er vormals versprochen worden ist. Wir wären auf einem Stand, bei dem die Leute sagen: Diese Problematik wird mit großer Ernsthaftigkeit angegangen.

Zu diesem Thema werden meines Erachtens sehr viele nicht zielführende Diskussionen geführt. Das ist bedauerlich. In der Rückschau auf die letzte Wahl frage ich mich: Woher kommt die schlechte Wahlbeteiligung? Grund ist, dass viele Dinge angesprochen oder versprochen, aber nicht vollzogen werden. Daraus resultiert der Frust der Bürger. Sie sagen sich: Warum soll ich überhaupt zur Wahl gehen, wenn Versprochenes nicht erfüllt wird?

Dem heute zur Abstimmung stehenden Antrag werden die FREIEN WÄHLER zustimmen, denn es kann nicht sein, dass gebremst wird durch Gutachten, die vermutlich mit dem Zirkel geschrieben sind. - Auch in meinem Landkreis gab es ein Projekt. Das Windrad stand zwar bereits, aber es musste ein Gegengutachten gemacht werden. Gegengutachten kosten Geld. Warum soll man den Menschen, die sich für die Energiewende einsetzen, dadurch noch Geld abnehmen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Als vor Jahren bei uns in Hallbergmoos ein Windrad beantragt wurde, war die Lage ähnlich. Die ersten Gutachten haben dargelegt, dass die Errichtung möglich ist. Aber es musste auch da ein Gegengutachten gestellt werden. Zuerst mauerte die Flugsicherung. Dann schauten richtige Fachleute drauf, und es war ähnlich wie bei der Radaranlage in Haindlfing, die auch den Flugverkehr abdeckt. Es wurde ein Abstand von mindestens 15 km gefordert; das stimmte aber nicht, denn ein anderes Gutachten hatte belegt, dass ein solcher Abstand bei der heutigen Technik nicht mehr notwendig ist. Es ist immer das Gleiche. Es werden immer wieder neue Stolpersteine aufgebaut. Ich glaube, das geschieht, um das Ganze hinauszuzögern. Das kann aber nicht Sinn und Zweck einer soliden Politik sein. Die Gutachten, die es in Schleswig-Holstein gibt, belegen, dass das, was bisher von der Flugsicherung behauptet wurde, nicht richtig ist.

Ich denke, das, was die Vorredner gesagt haben, war absolut richtig. Wir wollen in keiner Weise die Flugsicherheit gefährden. Aber es ist klar, wenn wir hier keine neuen Wege gehen und die Weichen nicht richtig stellen, bleiben wir auf halbem Wege stehen und hungern die Betroffenen aus. - Überlegen Sie einmal, was wir bei der Energiewende bereits alles hätten erreichen können, wenn die Regierungspartei mit der Opposition an einem Strick ziehen würde. Ich denke nur an die Regierungserklärung. Da hörten wir Ansichten, die die Opposition und auch wir FREIEN WÄHLER seit Jahren vertreten. Seit Jahren versuchen wir, mit unseren guten Anträgen und Ideen Drive in die Sache zu bringen. Gehen Sie darauf ein. Damit bringen wir die Sache weiter und wir gewinnen gemeinsam. Dann ist Bayern da, wo wir alle es haben wollen. Unter diesem Aspekt werden die FREIEN WÄHLER dem Antrag zustimmen und auch in dieser Richtung weiterarbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Urnen werden bereitgestellt. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Ich eröffne die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/1102. Sie haben drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.50 bis 18.53 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Ich gebe bekannt, dass noch weitere vier namentliche Abstimmungen bevorstehen. Es bleibt sportlich.

Ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen und bitte, die Plätze einzunehmen. Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Konkreter Ausbauplan für Ganztagsangebote!", Drucksache 17/1816, bekannt geben. Mit Ja haben 61, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen gab es nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10 – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich würde gerne die Sitzung fortführen, aber das setzt voraus, dass die Plätze eingenommen werden.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Windenergie in Bayern voranbringen – Konflikte mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) ausräumen", Drucksache 17/1102, bekannt geben. Mit Ja haben 58 gestimmt, mit Nein 81. Enthaltungen gab es nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Windenergie in Bayern voranbringen - Konflikte mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) ausräumen (Drucksache 17/1102)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim			
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin	X			Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie			
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette			
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert				Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	58	81	0